

Agenda

Vas Narasimhan kauft Brötchen

Von Roland Stark



Zweimal besuchte ich diese Woche den Basler Zolli. Beide Male dachte ich sofort an einen Fernseh-«Tatort». Im Fokus: Zoo Münster. Gestohlene Affen und vergiftete Pinguine. Hauptkommissar Thiel undercover als Tierpfleger, Gerichts-

mediziner Boerne als Gourmetkoch mit Hoffnungen auf eine eigene Fernsehsendung. Entenconsommé mit Seegras und BleichsellerieJulienne. Geschmackvoll serviert auf dem Sezirtisch.

Auch meine Quartierbäckerei werde ich wohl lange nicht mehr unbefangen betreten können. Da kommt mir gleich Christian Lindner in den Sinn, der geschneigte Besserwisser von der FDP in Berlin.

Die Kunden an der Ladentheke nehme ich unterdessen genauer unter die Lupe. Ist ein Kioskräuber dabei, ein Drogenhändler, ein Steuerhinterzieher, ein Scheinasylant, ein Selbstmordattentäter, ein Kinderschänder? Ich achte auf die Sprache. Die Kleidung. Die Hautfarbe. Sind es wirklich harmlose Neubadbewohner, die hier Frühstücksgipfeli kaufen oder Kaffee trinken?

Woher kommt plötzlich diese Verunsicherung? Das Misstrauen hat Christian Lindner geschürt. Mit einer Anekdote – Marke simpel – die er in die Parteitagrede Mitte Mai 2018 eingebaut hat. Sein origineller Beitrag zum AfD-Übertrumpfungswettbewerb.

Man kann beim Bäcker nicht unterscheiden, wenn einer mit gebrochenem Deutsch ein Brötchen bestellt, ob das der hochqualifizierte Entwickler künstlicher Intelligenz aus Indien ist oder eigentlich ein sich bei uns illegal aufhaltender, höchstens geduldeter Ausländer. Damit die Gesellschaft befriedet ist, müssen die anderen, die in der Reihe stehen, damit sie nicht diesen einen schief anschauen und Angst vor ihm haben, sich alle sicher sein, dass jeder, der sich bei uns aufhält, sich auch legal bei uns aufhält. Die Menschen müssen sich sicher sein, auch wenn jemand anders aussieht und nur gebrochen Deutsch spricht, dass es keine Zweifel an seiner Rechtschaffenheit gibt. Das ist die Aufgabe einer fordernden, liberalen rechtstaatlichen Einwanderungspolitik.

Diese Unterscheidung, so sie denn wirklich je in dieser Unerbittlichkeit getroffen werden müsste, würde die Basler Bevölkerung im Alltag vor fast unlösbare Probleme stellen. In unserer kleinen Stadt leben Menschen aus über 190 Nationen zusammen. Überwiegend friedlich.

Wer will also mit absoluter Sicherheit entscheiden, ob es sich bei dem dunkelhäutigen Menschen mit ausländischem Akzent, der in der Bäckerei für offene Brötchen ansteht, um einen afrikanischen Asylbewerber mit Nothilfe-Unterstützung handelt oder um Vasant Narasimhan, den CEO von Novartis, einen US-Amerikaner indischer Abstammung? Und wer garantiert, dass der smarte Jüngling, der im perfekten Baseldeutsch zwei Schwöbli und einen Latte Macchiato bestellt, nicht doch ein Widerling ist, der zu Hause regelmässig seine Freundin misshandelt?

Jedem vernunftbegabten Erdenbürger müsste eigentlich einleuchten, dass gebrochenes Deutsch und fremdländisches Aussehen noch lange nicht ausreichen, um an der Rechtschaffenheit eines Menschen zu zweifeln. Vielleicht sollte – als Angstprophylaxe – das Tätigkeitsfeld der geplanten Sozialdetektive massiv ausgeweitet werden.

Für Schnüffler gibt es in den langen Schlangen vor den Bäckereitheken und in den Supermärkten bei der Verbrechens- und Missbrauchs-bekämpfung offenbar reichlich zu tun.

Wer wagt den ersten Vorstoss?

Schiblis Wahrheiten

Das gerechte Sternchen

Von Sigfried Schibli

Ein Sternchen entzweit die deutsche Nation. Und mehr noch: Die ganze Sprachgemeinschaft erzittert unter der Forderung der deutschen Justizministerin Katarina Barley (SPD), das hochgestellte Sternchen (*) in den Rechtschreibduden aufzunehmen. Nicht als dekoratives Element um die Weihnachtszeit, sondern immer und überall – als Zeichen für Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache. Angeblich fühlen sich Frauen benachteiligt, wenn von Lehrern oder von Schornsteinfegern gesprochen wird und ganz automatisch auch Lehrerinnen und Schornsteinfegerinnen mitgemeint sind. Darüber hinaus will Frau Barley die Einführung eines dritten Geschlechts in den staatlichen Personenstandsakten forcieren. Neben «m» und «f» soll es also auch das Kürzel «i» für «inter» geben.

Nachdem es mit dem Binnen-I («SoldatInnen») ausserhalb der linksalternativen Szene nicht geklappt hat und sich der etwa vom Theater Basel verwendete Unterstrich («Sänger_innen») auch nicht durchsetzen konnte, ist mit dem Gender-Sternchen eine Schreibweise in Griffweite gekommen, die beiden, ja sogar allen Geschlechtern sprachliche Gerechtigkeit widerfahren lässt. Endlich, so jubeln manche, habe der Staat die Schwächen der bisherigen männlich dominierten Rechtschreibung erkannt.

Auf der anderen Seite des Diskurses stehen Sprachwissenschaftler wie der frühere Redaktionsleiter der Duden-Grammatik, Peter Eisenberg. Er hält es für ein Missverständnis, wenn man Formulierungen wie «Wähler*innen» fordert, um damit zu signalisieren, dass männliche und weibliche Wählende gemeint sind. Eisenberg und einige seiner Fachkollegen wiesen wiederholt darauf hin, dass das Substantiv «Wähler» «in seiner Grundbedeutung keinerlei Bezug

auf ein natürliches Geschlecht habe. Sprachliches und natürliches Geschlecht seien nicht dasselbe, das Wort «Wähler» «besagt lediglich, dass Menschen bezeichnet sind, die wählen».

Dass die konservativen Bremser einer gendergerechten Sprache mit ihren Argumenten auf breiter Basis Gehör fänden, kann man nicht behaupten. Das Problem liegt eben darin, dass «Lehrer» sowohl einen Beruf als auch ein Geschlecht bezeichnet. Man sieht dem Wort nicht an, welche der beiden Nuancen jeweils gemeint ist. Nur wenn der Kontext eindeutig ist oder wenn man explizit ausführt, was gemeint ist, kann Klarheit geschaffen werden.

Natürlich gibt es auch in der bisherigen Rechtschreibung die Möglichkeit, die sprachliche Unterdrückung der Frauen zu vermeiden. Der Satz «Die Schülerinnen und Schüler der X-Schule haben heute hitzefrei», ist gendernässig absolut korrekt, und ich habe nie kapiert, was daran so umständlich sein soll. Die Einführung des Gender-Sternchens löst ein Problem, schafft damit aber zugleich ein anderes. Sie macht Texte tendenziell unsprechbar, indem sie einen Keil zwischen geschriebene und gesprochene Sprache treibt – zwischen die beiden Modi von Sprache, die sich immer schon gegenseitig durchdrungen und befruchtet haben.

Es kommt nicht von ungefähr, dass Schriftsteller und Journalisten ihre Texte gern laut vorlesen, bevor sie sie an den Verlag oder die Redaktion weiterleiten. Wer öfter Texte verfasst, weiss um den Nutzen dieses Verfahrens. Was holprig geschrieben ist, klingt auch gesprochen nicht gut – und umgekehrt. Lautes oder stummes Vorlesen ist der beste und einfachste Sprachtest. Wie man aber den Satz «Die Polizist*innen unter den Beamt*innen erhalten mehr Lohn» sprechen soll, hat bisher noch niemand aus dem Lager der Gendergerechten plausibel machen können.

Vogts Vogelschau

Eigner ohne Verantwortung

Von Markus Vogt



Bei der Schweizer Post wird aufgeräumt, vier Monate nachdem der Postauto-Skandal aufgeflogen ist. Der Verwaltungsrat entzog der Postchefin das Vertrauen, sie hatte gerade noch Zeit, ihren Rücktritt selber zu verkünden. Und die gesamte Postauto-Führungsspitze muss gehen – gute Voraussetzungen für einen Neuanfang. So weit, so klar.

Wer die politische Verantwortung für das Fiasko trägt, ist weniger klar. Der Bundesrat? «Als Eigner trifft ihn keine Schuld», sagte Bundesrätin Doris Leuthard, zu deren Departement das Bundesamt für Verkehr gehört, die Aufsichtsbehörde der Post. Der Bundesrat sei sicher ganz am Ende der Entscheidungskette, fügte sie bei. Will heissen: Am oberen Ende der Entscheidungskette. Also bitte, wer trägt denn nun die Verantwortung? Kritische bis selbstkritische Töne gab es am Montag wohl, doch unter Verantwortung übernehmen verstehen wir etwas anderes.

Die Infrastruktur-Betriebe des Staates sind für viele Politiker meist bürgerlicher Provenienz ein rotes Tuch. Seit vielen Jahren fordern sie, diese Betriebe vom Staat zu lösen und in die Selbstständigkeit zu überführen. Manchmal sagt man dem auch Privatisieren. Die einstige PTT beim Bund, viele öffentliche Spitäler bei den Kantonen, auch öffentliche Verkehrsunternehmen wurden in der einen oder anderen Form von der Verwaltung

ausgelagert und neu aufgestellt, das heisst wie ein privates Unternehmen organisiert. Wobei man genau hinschauen muss, denn nicht jede Ausgliederung aus der Verwaltung ist eine wirkliche Privatisierung; oft wird einfach die Leine zum Staat etwas länger.

Ob Privatisierung oder Auslagerung, dies geschah meist gegen den Willen der Linken – in Basel-Stadt gab es einige heftige Abstimmungskämpfe deswegen. Beispielsweise als die BVB selbstständig wurden, oder das Kantonsspital oder die Zahnkliniken. Der Kanton bleibe ja Eigentümer dieser Institutionen oder Organisationen, versuchte man die Gegner solcher Lösungen zu beschwichtigen; der Staat habe als Eigner jederzeit die Kontrolle. In den meisten Fällen beruhigte sich die Situation denn auch nach einer gewissen Zeit. Das «System» schien zu funktionieren, trotz Kritik von linker Seite, welche den Service public bedroht sieht.

Sei es nun die schweizerische Post, seien es die baselstädtischen BVB – sie kämpfen mit einem gewissermassen angeborenen Handicap: Sie sind organisiert wie eine private Firma, müssen sich im Markt behaupten, sollen sich aber nicht so benehmen, wie wenn sie ein Teil eben dieses Marktes wären. Sie gelten bei vielen noch immer als Staatsbetriebe, sie werden mit Misstrauen beobachtet.

Die Frage stellt sich: Warum denn überhaupt diese Auslagerungen respektive Privatisierungen, ob ganz oder teilweise, wenn es den Firmen dann nicht erlaubt ist, sich im allgemeinen Markt wie ein Privatunternehmen zu bewegen?

Und, zurück zum aktuellen Fall der Post: Wenn etwas schiefliegt, wer trägt die politische Verantwortung? Es kann ja nicht sein, dass von der Seite des Eigners niemand hinstehen muss.

Agenda

Gift-Päckli für die direkte Demokratie

Von Silvio Borner



Ob die Verknüpfung verschiedener Lösungsansätze für verschiedene Politikbereiche «gut» oder «schlecht» ist, darf nicht pauschal und moralisierend beurteilt, sondern muss differenziert beantwortet werden. Absolut unerlässlich ist die Paketbildung bei

internationalen Verhandlungen, wie zum Beispiel mit der EU, den USA oder Entwicklungsländern. Dort gilt es immer, verschiedene Themen nicht nur isoliert zu verhandeln, sondern auch einen Interessenausgleich zwischen verschiedenen Problemfeldern zu suchen. Bei den Bilateralen zwischen der Schweiz und der EU profitiert die EU besonders vom Freizügigkeits- und Verkehrsabkommen, die Schweiz vom Rest. Ein mögliches Stromabkommen schwächt unsere Verhandlungsposition, weil wir uns mit der ES 2050 in eine EU-Abhängigkeit haben treiben lassen.

Alle Abkommen in ein Paket zusammenzufassen, vergrössert die Chancen für partnerschaftliche Kompromisse, rechtfertigt aber nie eine Guillotine-Klausel, wie sie die EU der Schweiz aufgebürdet hat. Böse, aber leider nicht ganz falsche Zungen behaupten gar, diese Idee sei in der EU-freundlichen schweizerischen Verhandlungsdelegation geboren worden, um via die Bilateralen den Weg für einen unvermeidlichen Beitritt zu ebnet. Oder denken wir an Länder wie Eritrea oder Nigeria, die uns mit Zehntausenden «Flüchtlingen» beglücken, aber eine Rücknahme Abgewiesener verweigern. Eine Verknüpfung mit der Entwicklungshilfe ist hier ein offensichtlich guter Schachzug.

Sinnvoll sind Paketlösungen auch in parlamentarischen Demokratien mit einer Koalitionsregierung wie zum Beispiel in Deutschland, wo daraus eine gewisse Stabilität resultiert und nicht wie zum Beispiel in Italien das Land unregierbar werden lässt. Selbst in der Schweiz sind gewisse Deals übers Kreuz nicht à priori schlecht. Problematisch ist aber das Nachgeben der FDP, aber vor allem der CVP gegenüber den Linken und Grünen, um ja nicht der SVP zu nahe zu kommen. Besonders oft passiert das momentan im Ständerat, der früher als Reflexionskammer galt, aber heute zur Kuhhandels-Börse verkommen ist. Abhilfe kann hier nur der Wähler schaffen, indem er Parteien ohne eigenes Profil abstrafft.

Wo aber Kuhhandel und Päckli-Schnüren rein gar nichts zu suchen haben, ist bei Initiativen und Referenden. Bei Initiativen ist die «Einheit der Materie» rechtlich eingermassen gesichert, bei Referenden aber in letzter Zeit missachtet worden. Die neue Wundertüte aus dem Ständerat wird von vielen gelobt, ja gar als Geniestreich bewundert. Doch diese Kombination von Steuerreform und AHV-Sicherung ist aus der Sicht der direkten Demokratie ein Affront, weil es nicht angeht, die Stimmberechtigten zu fragen, ob wir zwei abgelehnte Volksabstimmungen durch eine kombinierte Version annehmen wollen. Ich bin klar für die Steuerreform, aber ebenso klar gegen eine teure Verzögerung einer echten AHV-Reform. Wie sollte ich dann abstimmen?

Die halb direkte Demokratie mit Volksabstimmungen zu Sachfragen erträgt keine fieseren «Päcklitricks». Und wenn das Bundesamt für Justiz das noch absegnet, zeigt das nur, wie stark die Bürokratie die Demokratie dominiert. Aber wer ergreift das Referendum, wenn schon fast alle «Big Players» dem parlamentarischen Päckli ihren Segen erteilt haben?

Silvio Borner ist emeritierter Professor der Ökonomie am WWZ der Universität Basel.

Basler Zeitung

Basler Zeitung AG

Gegründet 1842 (National Zeitung) und 1844 (Basler Nachrichten)

Verleger, Geschäftsführer und Chefredaktor: Markus Somr (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Erik Ebner (ebn), Leiter Politik/Wirtschaft – Viviane Joyce Laissue (vj), Chef vom Dienst – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik, Wirtschaft: Erik Ebner (ebn), Leitung – Martin Furrer (mfu), stv. Leitung Politik – Lukas Lampart (lam) – Michael Hug (Autor, hu) – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung Wirtschaft – Stephan Reuter (sr) – Christian Egli (che) – Christoph Hirter (hic)

Bundeshaus: Dominik Feusi (ff), Leitung – Beni Gafner (bg) – Alex Reichmuth (are) – Andrea Sommer (aso)

Basel-Stadt, Baselland, Region: Joël Hoffmann (jho), Leitung – Dominik Heitz (heh), stv. Leitung – Serkan Abrecht (sa) – Thomas Dähler (td) – Denise Dollinger (dd) – Lisa Groelly (lg) – Thomas Gubler (Gu) – Mischa Hauswirth (hws) – Nina Jecker (nj) – Christian Keller (ck) – Franziska Laur (fl) – Alessandra Paone (ale) – Martin Regensass (mar) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Wahl (wah)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Oliver Gut (og), stv. Leitung – Sebastian Briellmann (sb) – Tilman Pauls (tip) – Dominic Willmann (dw)

Kolumnisten: Marco Chiodinelli, Karl Odermatt, Marc Surer

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Markus Wüest (mw), stv. Leitung – Simon Bordier (bor) – Christoph Heim (hm) – Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Sigfried Schibli (bll) – Jochen Schmid (js)

Meinungen und Profile: Markus Vogt (mv)

Auslandskorrespondenten: Michael Bahnerth (mb), Berlin/Basel – Rudolf Balmer (RB), Paris – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flü), Warschau – Willi Germond (wg), Bangkok – Martin Suter (sut), Washington – Pierre Heumann (he), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Hansjörg Müller (hjm), London – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Kolumnisten: Manuel Bategay – Silvio Borner – Christoph Eymann – Felix Erbacher (FE) – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eric Sarasin – Martin A. Senn – Eugen Sorg – Roland Stark – Tamara Werrill – Tino Krattiger

Spezialseiten: Bildung, Gesundheit heute: Denise Dollinger (dd) Essen & Trinken: Roland Harisberger (rh) Mobil: Benno Brunner (bb) Reisen: Peter de Marchi (pdm)

Beilagen/Projekte: Benno Brunner (bb) – Roland Harisberger (rh)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Peter de Marchi (pdm) – Julia Gisi (jug) – Tatiana Grusso (tgr) – Roland Harisberger (rh) – Christian Harisberger (ch) – Lukas Lampart (lam) – Stephan Reuter (sr) – Kurt Tschan (kt)

Gestaltung: Nino Angiuli (Art Director), Paul Graf

Bildredaktion/Fotografen: Florian Bärtschiger – Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur: Anne-Sophie Heer, Lesley Paganetti; Sornedia

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Michèle Gartenmann – Marcel Münch

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 639 17 84, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Laufen/Schwarzbubenland: Basler Zeitung AG, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 7.30–12 Uhr und 13–17 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 292.–, 12 Monate Fr. 556.– (Monat auf Anfrage)

Leiterin Lesermarkt/Vertrieb: Martina Barth

Leiter Werbemarkt: Damian Fischer

Leiter Grafik und Druckvorstufe: Reto Kyburz

Inserate: Basler Zeitung AG, Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20, inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Schalter für Inserate: Montag-Freitag von 8.00–12.00, 13.00–17.00 Uhr Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4.25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

Geschützte Marken:

Nordwestschweizer ZEITUNG Basler Woche Baslerfest

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung AG: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Neue Fricktaler Zeitung AG, Presse TV